

DIE LINKE. Sachsen

Landesvorstand

Niederschrift der gemeinsamen Beratung von Landesvorstand und Landesrat vom 27. Juni 2015

Ort: Gewerkschaftshaus Dresden

Anwesende Mitglieder:

siehe Anwesenheitsliste

Entschuldigte Mitglieder:

siehe Anwesenheitsliste

Gäste:

siehe Anwesenheitsliste

Erstellung der Niederschrift:

Juliana Schielke, Doreen Marz-Schäffner

Vorgelegte Drucksachen / Unterlagen / Niederschriften zur Information:

Unterlagen:

- Tagesordnung
- B 4 – 306 Vorschlag für den Zeitplan des 12. Landesparteitages
- B 4 – 313 Erklärung des Landesvorstandes zu den Landrats- und Bürgermeisterwahlen am 7. Juni 2015
- B 4 – 314 erster Entwurf des Leitantrages an den 12. Landesparteitag der LINKEN Sachsen
- B 4 – 315 Vorschlag der Satzungskommission zur Änderung der Landessatzung – Adressaten
Einladung Landesjugendtag
- B 4 – 316 Vorschlag der Satzungskommission zur Änderung der Landessatzung – Anerkennung der LwZ
- B 4 – 317 Vorschlag der Satzungskommission zur Änderung der Landessatzung – Fristen
Delegiertenschlüssel Landesparteitag
- B 4 – 318 Vorschlag der Satzungskommission zur Änderung der Landessatzung – Fristharmonisierung
- B 4 – 319 Vorschlag der Satzungskommission zur Änderung der Landessatzung – Mitgliederentscheid
Personalfragen
- B 4 – 320 Vorschlag der Satzungskommission zur Änderung der Landessatzung – Vertretungsregelung
Landesrat
- B 4 – 321 Vorschlag der Satzungskommission zur Änderung der Landessatzung – Konstituierung und
Leitung Fraktionssitzung
- B 4 – 322 Vorschlag der Satzungskommission zur Änderung der Landessatzung – Information über
Struktur/Gliederung der KV
- B 4 – 323 Vorschlag der Satzungskommission zur Änderung der Landessatzung – Aufstellung
WahlbewerberInnen in Gemeinden
- B 4 – 324 Vorschlag der Satzungskommission zur Änderung der Landessatzung – Sprachregelung
Ortsverbände vs. örtliche Verbände
- B 4 – 325 Vorschlag der Satzungskommission zur Änderung der Landessatzung –
Mandatszeitbegrenzung / Erneuerung
- I 4 – 327 Vorschläge und Möglichkeiten hinsichtlich der Rolle der gemeinsamen Beratungen
verschiedener Gremien im Landesverband
- DS 4 – 331 Satzungsänderung Landesrat
- Wahlauswertungen zu den Landrats- und Bürgermeisterwahlen

Tagesordnung:

1. Vorbereitung Landesparteitag (Leitantrag/Satzungsänderungsanträge/Organisatorisches)
2. Wahlauswertung der Landrats- und BürgermeisterInnenwahlen in Sachsen
3. Effektivierung des Berichtes Landesvorstand, Vorschläge zur Arbeitsweise und besseren gegenseitigen Informationen
4. Sonstiges

TOP 1 – Vorbereitung Landesparteitag

Leitantrag:

Antje Feiks

- der Leitantrag ist seit ein paar Tagen veröffentlicht; es gibt Kritik zur Länge des Antrages
- die Änderungen zur Ursprungfassung sind kenntlich gemacht; die Vorschläge sollen in der nächsten Landesvorstandssitzung diskutiert werden
- hierbei ist neben dem Erfurter Programm auch das Manifest der Vorsitzenden eingeflossen
- Solidaritätsgedanke steht im Vordergrund
- der ländliche Raum spielt eine große Rolle; wir müssen überlegen, wie wir uns dort strategisch und personell aufstellen
- wir benötigen Beteiligungsprozesse
- wir sind in Bündnissen sehr aktiv, aber dürfen uns oft bei Veranstaltungen und Demos nicht mit unserem Parteilogo zeigen; Wie gehen wir mit diesem Dissens um?
- wir sollten uns auf dem Landesparteitag Zeit nehmen, auch unsere Strukturen zu diskutieren
- viele Zuschriften aus der Strategiedebatte sind in dem Leitantrag verarbeitet

aus der Diskussion:

- steht kritisch zum Leitantrag; die Gliederung ist logisch
- die Beschränkung auf den ländlichen Raum ist problematisch; eine Schwerpunktsetzung ist nachvollziehbar, aber wir müssen auch die Städte mitdenken
- unterrepräsentiert ist die Thematik der Flüchtlingspolitik; hier stehen wir vor einem großen Problem
- der Text ist deutlich zu lang
- wir sollten kurz-, mittel- und langfristige Ziele setzen und die Strategie auch zeitlich danach ausrichten
- es fehlt, was konkret gemacht werden soll
- die außerparlamentarische Arbeit wird auf die Arbeit in Bewegungen beschränkt; dazu gehört aber viel mehr, z.B. offene Büros, LINKS hilft
- im Abschluss sind nur allgemeine Wiederholungen aufgelistet
- unrealistische Aussagen bringen uns nicht weiter
- die Teile 5 bis 7 müssten komplett neu erarbeitet werden; dabei ist es schwer, Änderungsanträge zu stellen
- es sind viele wichtige Beschreibungen unserer Lage und auch einige Vorschläge vorhanden, die in eine Strategie münden können
- für die Parteitagsdelegierten ist es schwer, dieses Papier zu diskutieren; es sollte vielmehr eine Diskussionsgrundlage für einen längeren Zeitraum bilden
- eine kleine Gruppe von 5 Personen sollte dies nochmals überarbeiten; dazu sollte auch die Stiftung mit einbezogen werden
- weite Teile des Papiers sind empirisch beschreibend
- wir sollten uns auf 4 - 5 Schwerpunktthemen konzentrieren und 2 - 3 Projekte in den Mittelpunkt stellen
- der Hauptangriffspunkt sollte die Politik in Sachsen sein; dazu gehören Parteistrukturen und das zivilgesellschaftliche Engagement
- das Thema Bildungsgerechtigkeit sollte im Vordergrund stehen
- wir müssen uns mit konkreten Themen sachkundig und Streitbar auseinandersetzen; wir müssen die Öffnung der Partei leben
- in dem derzeitigen Leitantrag muss überhaupt nichts Inhaltliches drin stehen; dafür haben wir ein Parteiprogramm und auch Wahlprogramme; es geht jetzt um Strategisches, Strukturelles und Organisatorisches
- alles, was bereits Beschlusslage ist, brauchen wir nicht in diesem Leitantrag

- wir haben die Schwierigkeit, den Menschen nahe zu bringen, dass sie sich in der Partei organisieren sollen und nicht nur in Bündnissen, weil sie das alles auch bei uns machen können; die Hürden der Parteistrukturen sind oftmals zu hoch
- es müssen Wege und Maßnahmen aufgezeigt werden, wie wir Dinge erreichen wollen; wir dürfen nicht damit aufhören zu sagen, was wir wollen
- wir müssen konkreter sagen, für wen wir Dinge tun; konkrete Zielgruppen müssen benannt werden
- als Strategie bis 2020 ist es zu kurz angelegt
- Wer soll dieses Dokument im Vorfeld des Landesparteitages diskutieren?; die Zeit dafür ist zu kurz; es kann auf dem Parteitag andiskutiert und dann im nächsten Jahr beschlossen werden
- die Problematik besteht in der Struktur des Papiers
- Wer sind unsere primären PartnerInnen?
- wir haben ein gravierendes Militärproblem in Sachsen (schnelle Eingreiftruppe in Marienberg); an diesem Thema kommen wir nicht vorbei
- wir brauchen spezielle Arbeitsgruppen und eine entschiedenerere Andockung der landesweiten Zusammenschlüsse an die Landtagsfraktion
- die Kreisverbände haben uns signalisiert, dass sie keine Regionalkonferenzen zur Diskussion des Leitantrages wollen; es werden derzeit Termine ausgemacht, um den Leitantrag vor Ort zu diskutieren
- der Titel ist noch kein Titel, sondern lediglich ein Vorschlag
- Sieht Flüchtlingspolitik in 5 Jahren für uns immer noch so aus wie heute?
- Arbeitsgruppen werden oft als intransparent deklariert
- wir sollten uns auch über Arbeitsweisen verständigen; diese müssen aber auch vor Ort entwickelt werden
- im ländlichen Raum könnte ein rotierendes System eingeführt werden, um weiße Flecken zu verhindern; dabei können Teile des Kreisverbandes rotierend bespielt werden
- es wurde die Frage gestellt, was dieses Papier soll; es ist eine gute Situationsbeschreibung in Sachsen; wenn wir uns über diese Situation einig sind, ist das schon mehr als wir vorher hatten
- wir haben zum Thema Flüchtlingspolitik eine A4-Seite im Wahlprogramm und all das gilt noch heute; Warum müssen wir das im Detail wieder in ein Strategiepapier schreiben?
- wir sind oft weiter, als wir es uns zugestehen wollen
- es ist schwierig, Bündnisse genau zu definieren; sie arbeiten in den Regionen auf unterschiedliche Art und Weise
- wir dürfen nicht in eine zu große Kleinteiligkeit verfallen, aber auch nicht unvollständig sein
- der Leitantrag dient nicht dazu, das Wahlprogramm abzulösen
- es wird einen Änderungsantrag von Sarah Buddeberg, Claudia Jobst und Pia Barkow geben, um an vielen Stellen im Leitantrag Gleichstellungspolitik mitzudenken
- auf dem Landesparteitag sollten die wirklich strittigen Fragen diskutiert werden und nicht die, bei denen wir uns sowieso alle einig sind
- politische Bildungsarbeit muss in die Parteiarbeit einfließen
- wir wollen mit anderen zusammenarbeiten und nicht für andere arbeiten
- die derzeitige Flüchtlingsproblematik ist nur ein Vorspiel für eine Dramatik, die sich noch entwickeln wird; in Europa gibt es keine Solidarität
- wenn wir uns einig sind, was wir bis zur nächsten Landtagswahl gemeinsam wollen, ist das schon gut
- zu den Punkten 5.3 und 5.4.: hier wird die Situation zum großen Teil beschrieben; es dürfen nicht nur die Zustände, sondern es müssen auch die Ursachen betrachtet werden
- wir werden immer wieder von der Realität eingeholt; es kommen kaum Menschen zu den Veranstaltungen zu Politischer Bildung
- wir schaffen es an keiner Stelle, die Partei zu mobilisieren; wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass sich die GenossInnen unterschiedlich intensiv beteiligen; das muss aber akzeptiert werden
- es gibt so viele Konzepte, die auf urbane Regionen abzielen, aber zu wenig Konzepte für den ländlichen Raum
- die Basis empfindet es als zu viel Papier; sie wundern sich über ein weiteres Papier; das führt bis hin zur Gleichgültigkeit
- wenn wir es nicht schaffen, in 3 Monaten an der Basis ein Papier zu diskutieren, dann brauchen wir genau diese Strategiedebatte
- wir werden langsam zur Partei der Städte, denn es gibt nur wenige GenossInnen auf dem Land
- Bitte, die Bemerkungen/Änderungen/Ergänzungen zum Leitantrag an die Landesgeschäftsstelle zu schicken

- es ist noch nicht zu erkennen, wie sich die Kurskorrektur des Landesverbandes gestalten soll; das bleibt noch eine offene Frage

Satzungsänderungsanträge:

Tilman Loos:

- *siehe dazu Präsentation „Rolle & Zukunft gemeinsamer Beratungen“*
- zum **B 4 – 320** – Vertretungsregelungen des Landesrates: ein Kreisverband hatte noch keine Mitglieder in den Landesrat gewählt und wollte trotzdem die Vertretungsregelung in Anspruch nehmen -> das steht schon exakt in der Satzung
- zum **B 4 – 325** – Erneuerung Mandatszeitbegrenzung: ein Grundproblem ist, wie weit man regelnd in eine Entscheidung der LandesvertreterInnenversammlung eingreifen kann; ist rechtlich noch nicht ausgefochten (rechtsunsicher), nur die Quotierung ist klar; der Listenvorschlag kann geregelt werden, weil es nur ein Vorschlag ist, der von der LandesvertreterInnenversammlung verändert werden kann; die Erneuerungsquote in Satzung zu verankern, ist von der Kommission als gut befunden worden; die Erneuerungsquote ist negativ formuliert (Maximalquote); Geltungsbereich beim Listenvorschlag

aus der Diskussion:

- Hat die Satzungskommission auf den B 2 – 275 (Mandatszeitbegrenzung) und den Beschluss des Parteivorstandes berücksichtigt?; dort ist eine Formulierung als Empfehlung drin „Wir wollen keine berufspolitischen Karrieren“
- arbeitsfähige profilierte Fraktionen in den Parlamenten sollte oberstes Gebot sein; Welches Personal haben wir da zur Verfügung?; es braucht mind. 2 Wahlperioden, um sich bspw. als SprecherIn für einen Fachbereich zu etablieren und dem öffentlichen Diskurs standzuhalten; Parteiengesetz ist entscheidend; Erneuerungsquote ist besser als Mandatszeitbegrenzung
- im Wahlgesetz steht klar, dass WählerInnenvertretungen in ihrer Entscheidungsfreiheit nicht eingeschränkt werden dürfen; in der Satzung zu bekunden, dass sich die Fraktion erneuern soll, ist alles, was auf Satzungsebene gemacht werden kann
- das Wollen und die vorherrschenden Realitäten liegen weit auseinander; in der Fraktion müssen Regelungen gefunden werden, um Übergänge zu gewährleisten; „Unersetzbarkeit“ bekämpfen
- dieses Wollen in der Satzung präzise zu verankern, ist schwierig
- satzungsmäßige Regelung ist nicht sinnvoll, sondern eher kontraproduktiv
- BerufspolitikerInnenentum ist in der derzeitigen Fraktion nicht zu erkennen; mangelnde Erneuerungsquote im Landesvorstand ebenfalls nicht
- die LAG SorblInnen werden ggf. einen Änderungsantrag zur Satzung bzgl. sorbenpolitischer Abgeordnete stellen; dies begrenzt ebenfalls
- es geht um Sozialisierungsrollen und darum, Erfahrungsräume für Neue zu öffnen; Volksrepräsentation ist wichtig
- derzeitige Fraktion hat eine Erneuerungsquote von 50%
- es werden gerade zweierlei Themen diskutiert; heute geht es um Satzungsänderungen nicht um politische Kultur
- die gesunde Mischung macht´s; wir müssen variabel bleiben
- es geht nicht, zu bemängeln, dass Abgeordnete zu lange im Parlament „kleben“ und gleichzeitig ganz viele Anforderungen an sie zu stellen, die keinen Raum enthalten, um entsprechende Vorkehrungen für das Danach zu organisieren

Tilman Loos:

- *siehe dazu Präsentation „Rolle & Zukunft gemeinsamer Beratungen“*
- zur **I 4 – 327** – Rolle der gemeinsamen Beratungen: das Ziel sind weniger Sitzungen und Kosten, klare Zuständigkeiten und Zuweisungen; weitere Instanz neben dem Landesvorstand schaffen; unfassbare Anzahl an Gremien und Beratungen; meist nicht quotiert
- Landesausschuss wird aus Sicht des Landesrates zu sehr durch Landesvorstand dominiert; es liegt ein Vorschlag zur Satzungsänderung durch den Landesrat vor; der Landesrat will die Parteibasis stärken; „Landesversammlung“ (bestehend aus Landesvorstand und Landesrat) ist angedacht; es besteht die Notwendigkeit, über Finanzen zu sprechen (derzeit zu unkonkret); „außerordentliche Landesversammlung“ soll um den Finanzbeirat und die Kreisverbände ergänzt werden; alle VertreterInnen des Landesrates sollen eine beschließende Stimme haben

aus der Diskussion:

- laut Parteiengesetz dürfen GremienvertreterInnen, die qua Amt teilnehmen, nicht mehr als 20% betragen
- „Landesversammlung“ ist kein geeigneter Name; man assoziiert etwas anderes damit; Beiräte haben Beratungscharakter; eingehaltene Quotierung der Gremien ist ganz wichtig; kosteneinsparende Strukturveränderung ist sehr sinnvoll
- Wieviel Mitglieder haben Jugend und SorblInnen? → es wurde nicht anhand der Mitgliederzahl gedacht; ist ein optionaler Vorschlag; die LAG sollte/möchte als Minderheitenmitgliedschaft entsprechend berücksichtigt werden
- die Vertretung der Kreisverbände im Vorschlag zur Landesversammlung erschließt sich nicht; damit dominiert der Landesrat bzw. die VertreterInnen aus den Kreisverbänden
- Landesweite Zusammenschlüsse mit beratender Stimme verzichten auf Vertretung im Gremium – aus Zeit- und Kostengründen, weil eben nur beratend
- der Landesparteitag wurde vor Jahren ebenfalls verkleinert, um den Finanzen und der Mitgliedschaft gerecht zu werden
- „außerordentliche Landesversammlung“ kann gestrichen werden; hier greift der „außerordentliche Landesparteitag“
- Jugend, SeniorInnen und SorblInnen sind Bereiche, die der Partei bisher sehr wichtig und unterstützenswert waren und immer noch sind
- derzeitiger Output des Landesrates ist zu gering; Zusammensetzung des neuen Gremiums muss klar sein; immer Minderheitenstatus berücksichtigen; Modell 1 ist im Bundesverband am gängigsten; Vertretung der Landesweiten Zusammenschlüsse ist realistisch eher schwer umsetzbar; das macht den Landesrat obsolet
- auch als FunktionsträgerIn ist man/frau immer noch Basismitglied
- in der Beratung mit den Kreisvorsitzenden gab es das Signal, dass sie in diesem neuen Gremium sein sollen; am 10.7. entscheidet der Landesvorstand über einen entsprechenden Änderungsantrag
- Abschaffung des Landesrates ist nicht zwingend notwendig durch das größere Gremium; Wer kontrolliert dann dieses Gremium? → neues Gremium soll sich nicht selber kontrollieren, sondern den Landesvorstand
- den Minderheiten ist doch nicht geholfen, wenn sie entsprechend VertreterInnen haben, sondern wenn entsprechende Politik gemacht wird
- wenn sich für Modell 1 entschieden wird, muss die Anmerkung des Kontroll- und Initiativrechts konsequent raus
- der Landesrat sieht das Initiativrecht als priorisierte Aufgabe; das Kontrollrecht folgt danach; die Willensbildung der FunktionsträgerInnen zu multiplizieren, ist der falsche Weg
- Kontrollrecht muss beibehalten werden; entsprechenden Modus finden
- Wie sieht es bei dem neuen Modell mit Doppelfunktionen aus? → Vertretungsregelungen in Geschäftsordnung des Gremiums verankert; Aufrechterhaltung der Quotierung könnte eine Herausforderung sein
- Landesrat muss zur nächsten Sitzung beraten, ob der Antrag des Sprechers Dieter Gaitzsch vom Gremium übernommen wird

Organisatorisches:

- zum Zeitplan: es wird vorgeschlagen, den Zeitplan derzeit noch sehr flexibel zu lassen
- zum Tagungsobjekt: findet in der Park Arena in Neukieritzsch statt; die Hotelunterbringungen sind ca. 20 Minuten weg, aber das Objekt spart uns ca. 5.000 bis 7.000 Euro im Vergleich zu anderen Objekten
- wer in den Arbeitsgremien des Landesparteitages mitarbeiten möchte, kann dies gern signalisieren

TOP 2 – Wahlauswertung der Landrats- und BürgermeisterInnenwahlen in Sachsen

- das Papier wird zur Kenntnis genommen

TOP 3 – Effektivierung des Berichtes Landesvorstand, Vorschläge zur Arbeitsweise und besseren gegenseitigen Informationen

Antje Feiks:

- siehe dazu Präsentation „Wo sind Infos des LaVo zu finden“

- erste Idee für die Priorisierung für den Bericht des Landesvorstandes im Landesrat

aus der Diskussion:

- gut, dass es sowas gibt und dass der Landesrat in Gänze entscheiden kann → bitte den SprecherInnen die jeweiligen Ergebnisse der Umfragen schicken, um die Tagesordnung anzupassen

TOP 4 – Sonstiges

- Bitte: in den Kreis- und Ortsverbänden bzgl. der Wahlergebnisse nachfragen, warum, wodurch usw. Ergebnisse erzielt wurden

F.d.R.

Dresden, 17.07.2015

Antje Feiks
Landesgeschäftsführerin